

Gas- und Stromsperre.

Draufische Sparmaßnahmen in Vorbereitung.

Die in den letzten Tagen von einzelnen Blättern gebrachte Meldung, daß sich die Kohlenversorgung Wiens gebessert habe, erwies sich leider als unzutreffend. In Wirklichkeit liegen die Verhältnisse so, daß, wie übrigens in der „Zeit“ wiederholt klargestellt wurde, die ganz knappen Reservebestände immer mehr zusammenschmelzen, während andererseits die schon so oft verheißenen Zuschüsse aus dem Österr. Budget nach wie vor auf sich warten lassen. Dazu kommt nun noch, daß die kürzlich erst erlassenen Sparmaßnahmen einen durchaus unbefriedigenden Erfolg zeitigen, nicht etwa deshalb, weil diese Maßnahmen von vornherein unzureichend waren, sondern nur deshalb, weil die schwer kontrollierbaren Privatkonsumenten in den Wohnungen und Büros in der skrupellosesten Weise über jedes Sparmaßgebots sich hinwegsetzen und namentlich Gas zum Kochen und Heizen in einem Ausmaß, welches, als ob dem Verbrauch keinerlei Grenzen gezogen wären, auch hat der 4 Uhr-Schluß im Geschäftsverkehr die Folge gezeitigt, daß in den Wohnungen weit mehr an elektrischem Strom und Gas zu Beleuchtungszwecken konsumiert wurde als bisher.

Die Folgen zeigen sich bereits: die beiden städtischen Licht- und Stromwerke, die auf Österr. Kohle angewiesen sind, diese aber trotz aller Vorstellungen bei der Regierung nicht erhalten, können den Bedarf nicht mehr decken. So bleibt also nichts anderes übrig, als zu neuen Drosselungen zu schreiten. Sie übertreffen in ihrem Ausmaß alles bisher Dagewesene und werden von tief einschneidenden Auswirkungen auf das wirtschaftliche Leben der Großstadt begleitet sein. Sie erstrecken sich auf sämtliche Konsumentenkreise in gleich dringender Weise.

Die einzelnen Bestimmungen.

Ueber das Wesen der unmittelbar bevorstehenden Licht- und Stromdrosselung erhalten wir aus dem Rathaus folgende Mitteilungen:

„Seit zwei Tagen bereits beschäftigten sich alle kompetenten Räte in langwierigen Konferenzen mit den durch die katastrophal ausartende Kohlennot bedingten weiteren Sparmaßnahmen. Nunmehr liegt ein Entwurf der zu erlassenden Verordnung in allen Einzelheiten fertig vor, und wenn vielleicht auch diese oder jene Detailbestimmungen noch eine Abänderung erfahren sollte, so wird doch im wesentlichen an den Grundprinzipien, nach denen nun verfahren wird, sich nichts mehr ändern lassen. Geplant sind folgende Bestimmungen:

1. Einheitsliche Nachtsperrung aller Gastore. Diese für die Wiener, die nun einmal als Großstädter daran gewöhnt sind, ihre Gastore bis 10 Uhr offen zu finden, wahrscheinlich empfindlichste Verfügung erweist sich als notwendig, da es gilt, die vielen tausend Gas- und elektrischen Lichter, die in allen Hausfluren, Stiegenhäusern und Gängen bis 10 Uhr nachts brennen, bereits zwei Stunden früher zum Verlöschen zu bringen. Der hierdurch zu erzielende Spareffekt fällt außerordentlich schwer in die Waagschale.

2. Einheitsliche Nachtsperrung für alle Vergnügungslokale. Man hat in Erwägung gezogen, ob nicht eine Sperre

der Theater und Kinos anzuordnen ist, doch wurde vorläufig hiervon Abstand genommen, da man nicht laufende Existenzen um ihren Erwerb bringen will. Wohl aber ist es nicht zu umgehen, daß sämtliche Theater, Varietés, Bars und Kinos ihren Betrieb derart einschränken, daß die betreffenden Lokale bereits ab 8 Uhr verdunkelt sind. Hierdurch wird Licht, insbesondere aber Beheizung erspart.

3. Einheitsliche Neunuhrsperrung für Gasthäuser. Die Früherlegung der Sperrstunde für Gastwirtschaften um eine Stunde ist deshalb zweckmäßig, da sich trotz aller Anordnungen viele Gastwirte nicht entschließen konnten, an Licht, Beheizung und Ofenfeuerung jene Sparmaßnahme walten zu lassen, die notwendig erscheint. Ebenso wird auch die Sperrstunde für die Kaffeehäuser um eine Stunde früher gelegt, also für 10 Uhr abends angeordnet.

4. Höchstverbrauch für Wohnungen: 1 Kubikmeter Gas täglich. Um dringlich gegen die wiederholte Anforderung, mit Gas zu sparen, wurde seitens der Privatkonsumenten. Die Verbrauchsstatistik der letzten Wochen zeigt, daß die meisten Wohnungsinhaber nicht nur nicht spart, sondern dort, wo Gasöfen und Badeeinrichtungen vorhanden waren, in letzter Zeit noch mehr als bisher verbraucht haben. Um dieser Rücksichtslosigkeit gegenüber der Allgemeinheit ein Ziel zu setzen, wird der Höchstverbrauch für Wohnungen, ohne jede Rücksicht, wie stark die Gasanlage ist, auf einheitlich 1 Kubikmeter pro Tag festgesetzt, und zwar Zimmerbeleuchtung, Kochabheißung, Heizöfen und Bädereien inbegriffen. Nur in jenen Wohnungen, die über keinen Kochherd verfügen, in denen also die Kohlen- und Holzfeuerung für Kochzwecke ausgegliedert ist, wird ein Höchstverbrauch von 3 Kubikmeter Gas pro Tag als zulässig erkannt.

5. Einheitsliche Geschäftsstunde: 4 Uhr nachmittags. Die Geschäftsinhaber und Kaufleute haben bisher die Hauptlast der Licht- und Stromsperre zu tragen gehabt. Viele unter ihnen hatten unter der Konkurrenz insofern zu leiden, als manche Ladeninhaber der Karbid- oder Petroleumbeleuchtung sich bedienten, um ihren Geschäftsbetrieb auch nach 4 Uhr ungehindert entfalten zu können. Zur Vermeidung solcher Ungleichheit ist nun eine einheitsliche Geschäftsstunde um 4 Uhr vorgegeben. Ausnahmen gelten nur für Lebensmittelbetriebe, Apotheken usw., wie bisher. Jedes andere Geschäftslokal muß um 4 Uhr gesperrt werden, auch wenn es weder Strom noch Gas konsumiert.

6. Motorische Arbeit: 7 Uhr früh bis 12 Uhr mittags. Diese Verfügung war bereits kürzlich einige Tage lang während der ersten Kohlenkrise getroffen, wurde aber bald wieder aufgehoben. Nun muß auch auf diese Einschränkung zurückgegriffen werden. Auch hier werden alle kontinuierlichen Betriebe ausgenommen bleiben. In ähnlicher Weise ist natürlich auch der Lichtverbrauch und die Heizung in allen Kneipen, Kneipen, Kneipen usw. eingeschränkt.

7. Einschränkung der elektrischen Wohnungsbeleuchtung. Die näheren Bestimmungen werden genau festlegen, um wieviel Strom, abweichend von den bisherigen Bestimmungen, weniger zu verbrauchen ist.

8. 30prozentige Stromersparnis im Tramwaybetrieb. Zu den schwierigsten Problemen zählt die Betriebsfrage der Straßenbahnen. Es wurde beschlossen, der Tramwaydirektion weitesten Spielraum zu lassen, in welcher Art sie ihren Betrieb sparsamer gestalten will, ohne das Verkehrsbedürfnis allzu schwer zu beeinträchtigen. Daher wurden keine speziellen Einzelbestimmungen über Verkehrseinstellungen usw. getroffen, sondern es wurde nur festgelegt, daß der Gesamtstromverbrauch fortan um 30 Prozent geringer sein muß als im gleichen Monat des Vorjahres. Der Betriebsleitung bleibt es nun vorbehalten, je nach Bedarf entweder die Radiallinien zu verkürzen oder die Intervalle auszudehnen, doch soll ein früherer Betriebschluß vermieden werden.

Endlich wurden eine Reihe von Ausnahmsbestimmungen geschaffen, deren Zweck es ist, die Härten der Licht- und Kraftdrosselung möglichst zu mildern. Eine Vorzugsbehandlung ist insbesondere den Ärzten eingeräumt, indem dafür gesorgt wird, daß sie ihre Ordinationszimmer ausreichend beheizen und beleuchten können. Besonders wichtig ist endlich, daß in der Weihnachtszeit ein längeres Offenhalten der Läden gestattet wird.

Die Wirkung der Sperrvorschriften.

Angeichts der trübten Erfahrungen, die mit dem Effekt aller bisherigen Ermahnungen gemacht wurden, werden auf die Uebertretung der neuen Bestimmungen äußerst empfindliche Strafen und in jedem Falle die gänzliche Sperre des Gas- oder Strombezuges für die straffällige Partei gesetzt. Mit Maßregelungen mußte übrigens auch in den letzten Tagen rücksichtslos vorgegangen werden. Es hat sich Dank der verschärften Kontrolle herausgestellt, daß insbesondere im Gaskonsum verabschwenderisch verfahren wird. Hunderte von Gasanschlüssen wurden daher seit der letzten Woche strafweise abgesperrt und den gemäßigtesten Konsumenten die Gasmesser abgenommen. Diese Strenge ist durchaus angebracht, denn die bevorstehenden Einschränkungen hätten nicht so weitgehend verfügt werden müssen, wenn die Konsumenten nur etwas mehr Disziplin gezeigt hätten. Gewiß ist nicht zu verkennen, daß die neuerliche Drosselung viel Unmut, namentlich in der ohnehin hart bedrängten Geschäftswelt hervorrufen wird. Angesichts der Tatsache aber, daß sowohl das Elektrizitätswerk als auch das Gaswerk ohne Schutzmaßnahmen binnen wenigen Tagen zu einer völligen Betriebs-

einstillung gezwungen wären, bleibt nichts anderes übrig, als den gegebenen Tatsachen Rechnung zu tragen.

Der vorerwähnte Entwurf wird nun noch allen kompetenten Staatsämtern und der Handels- und Gewerbekammer zur Kenntnisnahme vorgelegt werden. Da kaum anzunehmen ist, daß mit Rücksicht auf die im äußersten Maße bedrohte Aufrechterhaltung des Betriebes der städtischen Licht- und Stromwerke ein wirksamer Einbruch gegen die sonst erwoogenen Sparbestimmungen erhoben wird, steht deren im wesentlichen unveränderte Inkraftsetzung zu gewärtigen. Die amtliche Publikation ist jedoch nicht vor Samstag oder Montag zu erwarten.

Keine tschechische Kohle für Wien.

In der letzten Nationalversammlung der tschecho-slowakischen Republik erklärte Eisenbahnminister Zahradnik, daß der Kohlenmangel einen so hohen Grad erreicht habe, daß die Eisenbahnen nur für drei bis vier Tage Vorräte besitzen. Diese Behauptung ist, wie in sachmännischen Kreisen verlautet, durchaus unrichtig. Im Heizhaus in Dundenburg befinden sich beispielsweise nachweisbar rund 7000 Tonnen Kohle, das ist eine Menge, die für mindestens drei Wochen hinreicht. Da es selbstverständlich ist, daß die Heizhäuser gleichmäßig dotiert werden, so ist es klar, daß auch die übrigen Heizhäuser über eine annähernd gleiche Menge Kohle verfügen. Auch haben die Tschechen ihre Industrien reichlich beliefert, so daß sie für mehrere Wochen ausreichend Kohle besitzen.

Es scheint also die Erklärung Zahradniks nur den Zweck zu verfolgen, das Ausland irre zu führen. Es möge allgemein die Ansicht entstehen, als ob die Tschechen nicht in der Lage wären, uns zu helfen, was aber tatsächlich nicht der Fall ist. Dafür spricht auch der Umstand, daß die Tschechen einen für Wien bestimmten Kohlenzug in Dundenburg zurückhalten, und außerdem zwei Kohlenzüge, die aus Oberschlesien stammen, nur sehr zögernd weiterbefördern. Gestern ist nicht ein einziger Wagen Regiekohle von den Tschechen in Wien eingelangt, also auch keine Kohle für die Eisenbahnen, so daß die Gefahr besteht, daß die letzten Nordbahnsmüllzüge eingestellt werden müssen.